

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W 57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher Amt S 4900 Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
postzeitungsliste Nr. 3164

Staatshaushalt und Staatsverfassung.

II.

(Schluß)

Der Zug zum Wirtschaftsstaat, das heißt zu einem Staate, der nicht nur von Schulden und Steuern lebt, sondern sich durch eigene wirtschaftliche Tätigkeit selbständige, dauernde Einnahmequellen schafft, ist in der Gegenwart unverkennbar und läßt sich nicht mehr aufhalten. Mögen die Anhänger der freien Ausbeutungswirtschaft auch noch sehr gegen die Gemeinwirtschaft ankämpfen und sie wie ein dräuendes Schreckgespenst an die Wand malen, es ist vergeblich, denn der sozialistische Gedanke hat eine zu große Kraft gewonnen in allen Volksschichten, als daß er unterdrückt werden könnte. Die Erfahrungen des Weltkrieges haben uns den Weg gezeigt, der eingeschlagen werden muß, um den Sozialismus zu verwirklichen. Die planmäßige, auf Sachkenntnis und Selbstverantwortung beruhende Organisation unseres Wirtschaftslebens, das Zusammenfassen aller Kräfte zu einem einheitlichen Zusammenwirken, die dadurch ermöglichte Steigerung unserer Gütererzeugung und Regelung unserer Güterverteilung. Kurz gesagt, die sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft an Stelle der kapitalistischen Erwerbswirtschaft, sie allein wird imstande sein, das deutsche Volk über die schwere Zeit nach dem Kriege hinwegzubringen. Natürlich darf nicht in der bisherigen bürokratischen Weise weiterentwickelt werden, es muß vielmehr ein neuer Geist in unser Wirtschaftsleben einziehen. Dazu bedarf es besonders der Mitwirkung der breiten Volksmassen, deren Fähigkeiten und Kenntnisse, Erfahrungen und Leistungen in den Dienst der Gemeinwirtschaft gestellt werden müssen. Alle Kräfte, die in unserem Volke stecken, müssen entleert werden, damit sie einmünden in den großen Strom der Entwicklung. Dann wird ein neuer Wirtschaftsgeist entstehen, der den Eigennutz und die private Erwerbsgier ausschaltet, der hervorruft aus dem sozialen Pflichtgefühl, der nicht mehr darauf ausgeht, sich die Taschen zu füllen, dem im Gegenteil das Allgemeinwohl als das Ziel aller wirtschaftlichen Tätigkeit voriswehlt. Dieser neue Geist, der eine Einheit darstellt zwischen kapitalistischer Unternehmungslust und sozialistischem Allgemeingefühl, wird eine bisher unerreichte Höhe wirtschaftlichen Aufschwungs schaffen.

Erklärlicherweise besteht in allen Kreisen unseres Volkes ein tief eingewurzeltetes Mißtrauen gegen den neuen Wirtschaftsstaat. Daß die Kapitalisten und alle an dem Fortdauern der kapitalistischen Wirtschaftsweise interessierten Volksschichten die Neugestaltung der Dinge mit der schärfsten Erbitterung bekämpfen, ist selbstverständlich, fällt aber bei einer Beurteilung der Sache wenig in die Waagschale, da es sich bei dieser Gegenrichtung um nackte Interessenpolitik handelt. Schwerwiegender schon ist die Tatsache, daß auch die Unterdrückten ein begründetes Mißtrauen hegen gegen den mit großer wirtschaftlicher Macht ausgestatteten modernen Staat. Die Arbeiterklasse hat eben seit Jahrzehnten allzu

traurige Erfahrungen mit dem Staate gemacht, als daß sie geneigt sein könnte, ihm ein weitgehendes Vertrauen entgegenzubringen. Es besteht die Befürchtung, daß der Staat die neue Macht zum Nachteil der Massen mißbrauchen, und daß die Arbeiterklasse bei der Erhebung des Privatkapitalismus durch den Staatskapitalismus vom Regen in die Traufe kommen werde. Aus dieser Erwägung heraus sträuben sich selbst grundsätzliche Befürworter der Gemeinwirtschaft dagegen, dem Staate allzu große Machtbefugnisse einzuräumen und ihn allzu mächtig werden zu lassen. Weil naturgemäß der überforderte Staat zunächst kapitalistisch wirtschaften, das heißt Erwerbswirtschaft betreiben muß, befürchten sie, daß der Sozialismus dadurch auf den Sanft Rimmerleinstag verdrängt werde, und daß der Staatskapitalismus ein dauerndes Hindernis bleibe für die Verwirklichung des sozialistischen Gedankens.

Diese Befürchtung beruht auf einem Trugschluß. Wohl war der bisherige Klassenstaat stets ein Werkzeug in den Händen der Kapitalisten, deren Interessen er rücksichtslos vertrat gegenüber den Ansprüchen des Proletariats, das er mit hinweggeworfenen Brocken abweiste; aber diese Stellungnahme entsprang ja gerade aus seiner Abhängigkeit vom Kapital. Ein wirtschaftlich schwacher Staat ist seinem Gläubiger gegenüber wehrlos und muß dessen Geschäfte besorgen, er ist geradezu gezwungen, die Massen zu unterdrücken und auszubeuten, um seinen Verpflichtungen nachkommen und sich selbst über Wasser halten zu können, er muß sich zum Gerichtsvollzieher des Kapitals machen und den Unterdrückten das Geld aus der Tasche ziehen, damit er die Kapitalisten zu befriedigen vermag. Ganz folgerichtig muß er sich auch gegen eine demokratische Kontrolle sträuben und jeden wirksamen Einfluß des Volkes auf sein finanzielles Gebaren zurückweisen. Die kapitalfreundliche, arbeitfeindliche Haltung unseres gesamten Staatswesens hat ihre tiefere Ursache in der Schuldnechtschaft des Staates gegenüber dem Kapital. Auch die Beamten, vom ersten Minister bis zum letzten Landgendarmen, fühlten sich als Beauftragte des Kapitals, aus dem die Staatskrippe gespeist würde. Das wird allmählich anders werden, je mehr sich der Staat aus den Strahlen des Kapitals freimacht und sich wirtschaftlich auf eigene Füße stellt. Er hat dann keine Veranlassung mehr, für seine früheren Herren Treibdienste zu leisten auf Kosten der Volksmassen, er wird sich vielmehr auf die erwerbstätigen Schichten stützen, auf deren tatkräftige Mitarbeit und verantwortungsvolles Mitwirken er angewiesen ist. Schon heute wird in den Kreisen der Beamten vielfach die Abhängigkeit vom Privatkapital als ein drückendes Joch und als ein Hindernis sozialer Betätigung empfunden, und sicherlich wird ein neuer Geist in unsere Beamtenchaft einziehen, wenn sie weiß, daß sie nicht mehr für den Geldsack, sondern für das Volkwohl

arbeitet. Allein von diesem Gesichtspunkte aus würde sich der Versuch lohnen, unseren bloßen Verwaltungsstaat in einen Wirtschaftsstaat umzuwandeln.

Allerdings muß bei dieser Neugestaltung unserer Staatsmaschine eine Vorbedingung erfüllt werden: der Staat muß sozialisiert und demokratisiert werden. Eine Gesundung unseres Staatshaushalts erfordert auch eine Gesundung unserer Staatsverfassung, die eine zieht die andere gleichsam automatisch nach sich. Ein sozial gerichteter Wirtschaftsstaat, der sich auf die Mitarbeit aller werktätigen Bevölkerungsschichten stützt, kann keine Staatsverfassung gebrauchen, die das arbeitende Volk benachteiligt und entrechtet zugunsten einer verhältnismäßig kleinen Schicht von Leuten, die sich auf die Vorrechte ihre Geburt oder auf die Macht ihres Geldsacks berufen.

Das möchte angehen, solange der Staat ein Polizei- oder Verwaltungsstaat war, der seine Untertanen als Ausbeutungssubjekte betrachtete und sich selbst als ein Werkzeug, um die Ausbeuteten und Unterdrückten im Zaume zu halten. Sobald der Gedanke des Rechtsstaates an Boden gewann, machte sich das Bestreben bemerkbar, das Staatsweien zu demokratisieren und die theoretische Gleichberechtigung aller

Staatsangehörigen in die Wirklichkeit umzusetzen. Dieses Streben bleibt aber, wie die Erfahrung lehrt, so lange fruchtlos, wie der Staat und seine Organe von dem Privatkapital wirtschaftlich abhängig sind. Der Kampf ums preußische Wahlrecht beweist deutlich, wie einflußreich Großgrundbesitz und Großkapital noch sind, und wie sehr sich der Staat noch vor ihnen fürchtet. Das wird sich erst ändern, wenn der Staat selbst Großgrundbesitzer und Großkapitalist geworden ist und sich dadurch aus der Schuldnechtigkeit des Privatkapitals freigemacht hat. Dann erst kann der Staat zu einem Volksstaat werden, dessen Haushalt nicht mehr ansichtslos auf Schulden und Steuern, sondern vorwiegend auf den Erträgen eigener Wirtschaft beruht, und dessen Verfassung nach dem Grundsatz: Freie Bahn den Tüchtigen! alle Kräfte zu einer politischen Einheit zusammenschweißt. Ein solcher Staat, der das Wohl aller Volksgenossen zum Ziele hat, braucht die demokratische Kontrolle nicht mehr zu befürchten, er hat kein Interesse mehr daran, seine Macht und seinen Einfluß zum Nachteil der Unterdrückten zu mißbrauchen.

Dann wird auch das Mißtrauen der Volksmassen gegen den Staat schwinden, denn je volksfreundlicher der Staat wird, desto staatsfeindlicher wird das Volk. Und das wird beiden Teilen zum Heile gereichen.

Die hamburgische Staatsarbeiterschaft in der Lohnbewegung.

Eine von mehr als 3000 Arbeitern und Arbeiterinnen des hamburgischen Staates besuchte Versammlung unseres Verbandes forderte schnelle Bewilligung eines höheren Lohnentkommens. Die Versammlung fand am 29. August im Gewerkschaftsgebäude statt. Das vom Kollegen Schöndörfer erhaltene Referat schilderte zunächst die in der Folge von unserer im Juni d. J. eingereichten Reichsdeputation um Erhöhung der Feuersteuernzulagen vom 1. Juli an. Zweimalige Unterredung mit dem Delegierten der Senatskommission für Angelegenheiten der Staatsarbeiter und die identische Antwort auf die Eingabe. Weil die Arbeiterschaft jetzt nun immer mehr unter den untraglichen Druck der Feuersteuernzulagen gekommen ist, fordert sie um so dringlicher die mögliche Entlastung. Schon vor dem 1. Juli hätte eine weitere Aufbesserung eintreten müssen und dann ferner, nun schon lange im voraus festgesetzt, neue Zulagen zum 1. Oktober d. J. und wieder zum 1. Januar 1919. Jetzt ist es mit der zum 1. Juli beantragten Erhöhung nicht mehr getan; anderseits sind nun die wirtschaftlichen Zustände zu viel größerem Restand unter der Arbeiterschaft geworden.

Feuersteuernzulagen werden jetzt den Staatsangehörigen im Gehalt bis 15 000 Mk. jährlich gewährt. Aber sie hätten nun in demselben Verhältnis, wie sie nach oben erweitert wurden, unten erhöht werden müssen. Anknüpfend an diesen Gedanken habe, daß Kriegsteuernzulagen nach der Bedürftigkeit der Empfänger, deren Entlohnung und Familienstand in Betracht gezogen, gegeben werden müßten. Daher anzunehmen Zulagen nur für verheiratete Arbeiter und Beamte im Lohn oder Gehalt bis 2000 Mk. jährlich. Später Ausdehnung auf ein Jahresgehalt bis 3000 Mk. und nun auch für ledige im Lohn oder Gehalt bis 2000 Mk. Bei der nächstmöglichen Erweiterung bis auf 4000 Mk. hätte man aber die Gruppe bis 2000 resp. 3000 Mk. eine höhere Zulage bekommen müssen, als die Gruppe im höheren Gehaltseinkommen. Jetzt ist es umgekehrt! Die Kriegsteuernzulagen insgesamt betragen die wöchentlichen beziehungsweise monatlichen Beträge zusammengelegt, jährlich: für Arbeiter ohne Kinder 912 Mk., für Beamte ohne Kinder in Gruppe I (bis 3000 Mk. Gehalt) 900 Mk., Gruppe II (bis 6000 Mk. Gehalt) 984 Mk., Gruppe III (bis 9000 Mk. Gehalt) 960 Mk., Gruppe IV (bis 15 000 Mk. Gehalt) 1080 Mk. Für Arbeiter mit einem Kinde 1128 Mk.; für Beamte mit einem Kinde in Gruppe I 1116 Mk., Gruppe II 1200 Mk., Gruppe III 1176 Mk., Gruppe IV 1188 Mk.; Arbeiter mit zwei Kindern 1356 Mk.; Beamte mit zwei Kindern in Gruppe I 1214 Mk., Gruppe II 1428 Mk., Gruppe III 1401 Mk., Gruppe IV 1296 Mk.; Arbeiter mit drei Kindern 1596 Mk.; Beamte mit drei Kindern in Gruppe I 1584 Mk., Gruppe II 1668 Mk., Gruppe III 1644 Mk., Gruppe IV 1401 Mk. Mit dieser Regelung waren wir nie zufrieden. Wenn für einen verheirateten, kinderlosen Beamten mit 3000 bis 15 000 Mk. Gehalt eine Zulage von 1080 Mk. nötig war, dann mußte dem Beamten im selben Familienverhältnis in der Gruppe III (6000 bis 9000 Mk. Gehalt) mindestens 25 Proz. oder etwa 250 Mk., Gruppe II 50 Proz. oder 500 Mk., Gruppe I und den Arbeitern 75 Proz. oder 750 Mk. mehr, letzteren also etwa 1500 Mk. gegeben werden. Darnach wäre dann ein Arbeiter und der Beamte im Gehalt bis 3000 Mk. mit einem Kinde auf reichlich 2000 Mk., mit zwei Kindern auf annähernd 2300 Mk., mit drei Kindern auf 2150 Mk. Zulage gekommen. Dieses Einkommen wäre die folgerichtige Weiterführung des Grundprinzips, die Kriegsteuernzulagen sind zum ersten und am höchsten unten

und entsprechend weniger nach oben erforderlich gewesen, und würden den Bedürfnisverhältnissen entsprechen haben.

Seit dem 1. April dieses Jahres stellen sich die Löhne und Kriegsteuernzulagen zusammen als Bodenverdienst für die Staatsarbeiter ihrer großen Mehrzahl nach, weil diese in den Lohnsätzen von 24 bis 35 Mk. wöchentlich hebt, auf 36 bis 47 Mk. für Unverheiratete und 42 bis 53 Mk. für Verheiratete; außerdem für Arbeiter mit Kindern eine Monatszulage von 18 Mk. für ein Kind, 37 Mk. für zwei Kinder, 57 Mk. für drei Kinder, 78 Mk. für vier Kinder, 100 Mk. für fünf Kinder usw. Es soll im Zusammenhang damit aber auch darauf hingewiesen werden, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft in den letzten Monaten geistlich Anforderungen stellte, die vorher niemand für möglich gehalten hätte, und daß sie überhaupt ertragen werden konnten.

Medner kritisierte dann die Mängel unserer Verhältnisse und zog daraus den Schluß: Und dieses mangelhafte Wirtschaftswesen ist außerdem die Ursache dafür, daß die Löhne immerzu steigen müssen. Man würde diese Lohnausmittlungen durch Rationalisierung, durch Leistungssteigerung auf Umwegen, dafür meistens Wucherpreise und dadurch immer neue und größere Geldnot. Mit Kleidung und Hausstandsgegenständen wird es ebendso. Immer und überall wird die Not der Armen zu Gold gemünzt. Dummern und freieren, oder für Wucherer, Bettler, Lüge und Gauner arbeiten, ihnen den Arbeitsverdienst in den Schindeln heften — das ist für die Arbeiterschaft die Schrecke unseres Verorganisationswesens, unserer wirtschaftlichen Zukunft. Deshalb trotz der für die Staatsarbeiterschaft bewilligten Teuerungszulagen bis zu 75 Proz. des Lohnes niedrigerer Lohnsatz 4 Mt. statt 6 Mt. doch eine steigende Verarmung ihrer Weibler, darum mehr Geld, mehr Lohn!

Diesen Ausführungen folgte stürmischer Beifall und lebhafter Diskussion. Die einstimmig angenommene Entschließung lautet:

Die am 29. August 1918 im Gewerkschaftsbaus versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen der hamburgischen Staatsbetriebe bringt hiermit die bei der Staatsarbeiterschaft herrschende Unzufriedenheit über die Kriegslohnverhältnisse zum Ausdruck. Infolge der zu niedrigen Löhne hat die Arbeiterschaft lebensschwer zu kämpfen gehabt, um durch diese Zeit der Ernährungsnot hindurchzukommen. Weil diese Zustände wirtschaftlicher Großbedrohungen für die Arbeiter schon im Frühjahr voranzuziehen waren, hätte im voraus entsprechende Beihilfe zur Vinderung des Postandes durch weitere Erhöhung der Kriegsteuernzulagen bereitgestellt werden müssen. Es ist aber bis jetzt nichts mehr gechehen, trotzdem mit unserer Eingabe im Juni auf die notwendigsten abermaligen Zulagenaufbesserung hingewiesen wurde. Jetzt ist nun Hilfe nur die schnellste Hilfe! Sie für den Herbst in Aussicht gestellten neuen Zulagen müssen mit Beginn des Herbstes, das ist im September, eintreten. Ähnlich kann die Arbeiterschaft länger auf die Erhöhung des Lohnentkommens warten, und diese Verbesserung muß der Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Notlageverhältnisse entsprechend, in Beihilfen bestehen, die verhältnismäßig als außerordentliche und nun vorerst ausreichende zu bezahnen sind, damit man sich bei der Staatsarbeiterschaft wieder das Gefühl großer Entlohnungslosigkeit eintritt und dadurch die bisher bestehende nervöse Unruhe und Unzufriedenheit beseitigt wird und nicht als bald wiederkehren kann.

Lohnbewegung für die Rüstungsarbeiter in Breslau.

In den militärischen Betrieben in Breslau wurden im Winter 1916/17 die Löhne zum letzten Male neu geregelt. Seit dieser Zeit ist nichts mehr geschehen, obgleich die Preise in der Zeit außerordentlich gestiegen sind. Dem Wunden, wenn eine steigende Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft Platz greift. Die Arbeiterausschüsse bemühen sich fortgesetzt um eine Lohnzulage, wurden aber stetig abgewiesen. Auch die Art, wie man die Arbeiterausschüsse mit ihren Wünschen abwies, mußte Unzufriedenheit erregen. Als im Corpsbekleidungsamt ein Ausschußmitglied im Auftrage der Mitarbeiterinnen vorstellig wurde, wurde die Kollegin mit Rücksicht auf die Sache in die Hand genommen, da die Wünsche der Arbeiterschaft nur zu berechtigt sind. Unser Verband wie die der Fabrikarbeiter, Schuhmacher und Schneider hielten vier Versammlungen ab, die alle überfüllt waren. Das Artilleriedepot hatte allein 3000 Besuche gestellt. Das Corpsbekleidungsamt 500 und mindestens 200 mußten wegen Ueberfüllung des Saales wieder umkehren. Genau so waren die anderen beiden überfüllt.

In den Debatten kam oft drastisch zum Ausdruck, wie manche nicht einmal in der Lage sind, auch nur die rationierten Lebensmittel zu kaufen. Eine Aufstellung über den Verbrauch, den die Arbeiterschaft vorgenommen hat, lassen wir hiermit folgen:

Wöchentlicher Verbrauch einer fünfstufigen Familie, bestehend aus Mann, Frau und 3 Kinder.

(Zwei schulpflichtige und ein Kleines.)

Rationierte Lebensmittel.

Brot pro Kopf 1750 Gramm = 8750 Gramm, pro Hilo	3,50 Mk.
20 Pf.	0,20 "
Protzulage für Schwerarbeiter, 1/2 Hilo.	0,20 "
Wartoffeln pro Kopf 7 Pfd. und 2 Pfd. Schwerarbeiterzulage, pro Wd. 15 Pf.	5,55 "
Butter oder Fett, pro Kopf 50 Gramm, pro Pfd. 4 Mk.	2,-- "
Fleisch, bzw. Wurst, pro Kopf 200 Gramm, pro Pfd. 2,50 Mk.	5,-- "
Marmelade, pro Kopf 1/2 Pfd., pro Pfd. 12 Pf.	2,40 "
Teigwaren	1,45 "
Mindererhörmittel für 1 Kind	0,14 "
Eier, pro Kopf 1/2 Stüd.	0,45 "
Suppe im Betrieb pro 15 Pf.	0,90 "
Zucker, pro Kopf und Monat 1 1/2 Pfd.	0,65 "
Käse, täglich 1/4 Liter	0,43 "
Wurst, bzw. Speck, geliefert vom Betrieb	0,25 "
	23,06 Mk.

Im freien Handel dazu gekauft.

Speiseöl, pro Woche 2 Pfd.	0,61 Mk.
Gemüse: Schnittbohnen 6 Pfd.	3,60 "
Mohrraben, 4 Kdl. = 6 8 Pf.	2,-- "
Wohrraben, 5 Pfd.	1,44 "
Weißkohl, Weißkohl, 8 Pfd.	2,-- "
Ei, pro Woche zweimal	2,50 "
Suppengemüse, Kartoffelwurzeln, Salz usw.	2,-- "
	11,15 Mk.

Constige Ausgaben.

Wohnungsmiete	7,-- Mk.
Beleuchtung, Zündhölzer usw.	0,50 "
Steuern, mindestens	1,50 "
Seife und sonstige Waschmittel	0,75 "
Heizung im Winter	3,-- "
Sanftwerk, Lederfett, Schmirgel	5,-- "
Wäsche, Mahlgarn	3,-- "
Ergänzung im Haushalt	1,-- "
Leitung, Vereinsbeiträge	1,25 "
Beiträge für Krankenkasse, Alters- und Invalidenversicherung, Alters- und Kinderversicherung	2,50 "
Barber	0,25 "
Fahrgeld	3,-- "
Medikamente	0,50 "
	29,25 Mk.

Zusammen: Rationierte Lebensmittel pro Woche	23,06 Mk.
Im freien Handel dazu gekauft	11,15 "
Constige Ausgaben	29,25 "
	67,49 Mk.

Dieses Ausgaben gegenüber stehen Löhne für die Männer von täglich 5,76 Mk. und Frauen 4,92 Mk. Dazu kommen 1 Mk. pro Tag Familienzulage und 25 Pf. pro Kind und Tag. Es verbleibt daher zwischen Einnahmen und Ausgaben eine erhebliche Differenz,

die auch durch Einsparen nicht gedeckt werden kann. Das Sanitätsamt kann sich nicht einmal auswirken, selbst die vorsehend genannten und sehr bescheidenen Löhne zu zahlen.

Die hiesigen Arbeiter berufen sich darauf, daß in der Privatindustrie noch weniger bezahlt würde. Einmal ist dies nicht richtig. In den großen Betrieben Breslaus wird überwiegend in Akkord gearbeitet, die Akkordlöhne differieren aber pro Woche zwischen 45 und 65 Mk. für Frauen und 60 und 120 Mk. für Männer. Daneben gibt es allerdings Unternehmer, die ohne Rücksicht auf die Arbeiter und die Allgemeininteressen Hungerlöhne bezahlen. Aber auf solche selbstsüchtige Menschen sollte die Behörde keine Rücksicht nehmen.

Die Beschäftigten haben es sich aber auch selbst zuzuschreiben, wenn ihre Lage zu wünschen übrig läßt. Nur eine autorganisierte Arbeiterschaft wird ihre Lage trägtlich gestalten können. Nur zu viele noch wollen aber ernten ohne zu säen. Hier vor allem müßte die Arbeiterschaft aufsehen und alle Kräfte anwenden, daß diese Gleichgültigen aufgerüttelt und dem Verbanne zugeführt werden. Wenn alle Organisierten in dieser Hinsicht auch ihre Pflicht erfüllen, würde es nicht ausbleiben, daß ihre Wünsche sich erfüllen.

Forderungen der städtischen Arbeiterschaft.

Zwei kurzweilige Versammlungen!

Am Coloniashaufe fand am 19. August eine starkbesuchte Versammlung der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen, der Straßenbahner und des Bureauhilfspersonals statt. Die Versammlung war einberufen von dem Gemeindearbeiterverband, Transportarbeiterverband (Sektion Straßenbahner) und dem Zentralverband der Gardungsgewerkschaften. Unser Vorsitzender Hedemann-Berlin sprach zunächst über den gegenwärtigen Stand der von den drei Organisationen eingereichten Forderungen um Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung. Der Redner behandelte ausführlich die gegenwärtigen Löhnerungsverhältnisse; im Kriege ist die Lebenslage der Arbeiterschaft um etwa 250 Proz. verteuert worden, die von der Stadt Köln bisher ihren Arbeitern gewährten Zulagen betragen jedoch nur 90 bis 95 Proz. Wenn jetzt daher die Arbeiterschaft erneute Forderungen stellt hat, so ist das wohl zu verstehen und auch begreifbar. Verlangt wird für Erwachsene eine Zulage von täglich 1 Mk. für Jugendliche soll diese Zulage 50 Pf. betragen. Das Bureauhilfspersonal wünscht Einführung von Monatslöhnen und Weitererhöhung des Lohnes in Krankheitsfällen. Notwendig ist ferner eine entsprechende Arbeitszeitverkürzung. Da die Forderungen schon vor längerer Zeit eingereicht worden sind, hält die Leitung der Organisationen es für notwendig, daß bei den Lohnforderungen die Zulagen mit zunehmender Kraft gewährt werden. Die Ausschüßmitglieder Hoffmann und Grüggen berichteten über die Sonderzusammenkünfte von Lebensmitteln an die städtischen Betriebe und über die mit den zuständigen Stellen geführten Verhandlungen in der Lohnfrage. Die Stadtverwaltung glaubt, in der Vorfrage bereits genug getan zu haben; eine weitere Herabsetzung der Arbeitszeit ist gegenwärtig nach Ansicht der maßgebenden Kreise, sehr schwer durchführbar.

In der Aussprache über die Berichte kam die sehr erregte Stimmung der Versammlung zum Ausdruck. Alle Redner wiesen auf die Dringlichkeit der aktuellen Forderungen hin; das von der Verwaltung beliebte Schnecken Tempo in der Angelegenheit wurde scharf kritisiert. Der wiederholte in der Versammlung erhobene Ruf nach dem Streik, wenn die Lohnforderungen nicht bewilligt würden, fand stürmischen Anklang. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten Grelz und Sollmann waren in der Versammlung anwesend, um sich über die Wünsche der Versammlung zu unterrichten. Stadtverordneter Sollmann teilte in einer kurzen Ansprache mit, daß die besonders schlechten Löhnerungsverhältnisse der städtischen Arbeiter auch von dem Oberbürgermeister in einer Konferenz bei dem Regierungspräsidenten zugewiesen worden seien. Die Stadt könne eben nicht, wie die großen Werke, sich des Schleichhandels bedienen. Wohl aber könne die Stadt, wie er jetzt Jahr und Tag geordert habe, Lebensmittel, die für eine Verteilung an die Gesamtbevölkerung nicht ausreichen, den städtischen Arbeitern und Angehörigen unbedeutend überweisen. Die Lohnforderungen und die Verkürzung der Arbeitszeit seien berechtigt. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten würden sie unterstützen und sich auch der Mitarbeit an der Lösung der Lohnfrage nicht enthalten. Ein Streik, zumal im Verke, müsse durch weiteres Entgegenkommen der Stadt vermieden werden. Er würde jetzt eine ganz andere Bedeutung haben als im Sommer vorigen Jahres der Streik der Straßenbahnerinnen.

Nach weiterer Aussprache wurde einem Vorschlag zugestimmt, eine jeberglühende Kommission zu wählen, die gemeinsam mit den Organisationsvertretern am Dienstagmorgen (20. August 1918) bei der Stadtverwaltung vorstellend werden soll. Einer Entscheidung, die die Wünsche der Arbeiterschaft nochmals zusammenfaßt, wurde ebenfalls einstimmig zugestimmt.

Am anderen Morgen wurde die Kommission schon vom Oberbürgermeister empfangen. Es fand am selben Abend wieder eine

Versammlung in den Coloniaställen statt. Trotz der Versuche der christlichen Gewerkschaften, durch allerlei Machenschaften die Straßenbahn zu einer Versammlung im Gürzenich zu locken, gestaltete sich die Versammlung im Coloniastadion zu einer machtvollen Vertrauensumgebung für die freien Gewerkschaften. Die Anwesenden ließen keinen Zweifel darüber, daß ihnen das Verhalten der christlichen Kollegen durchaus nicht behagte. Aus den Berichten der Kollegen Heinrich Düssel, Müller, Held, Hoffmann und Winkel war folgendes zu entnehmen: Bei Eröffnung der Konferenz bemerkte der Herr Oberbürgermeister, daß ihm berichtet worden sei, in der Entscheidung der gestrigen Versammlung sei ein Passus enthalten, welcher eine Drohung zum Streik darstelle. Demgegenüber sei sofort dem Herrn Oberbürgermeister erklärt worden, daß dem nicht so sei, sondern daß im Gegenteil die Gewerkschaftsführer und die älteren Kollegen alles getan hätten, einen Putsch zu verhindern und deshalb der Versammlung der Vorschlag, eine Kommission zu Verhandlungen mit der Stadtverwaltung zu wählen, gemacht worden sei. Darauf hätten die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenchaft dem Herrn Oberbürgermeister die Erregung über die Verschleppung der Lohnforderung sowie die sonstigen Wünsche und Beschwerden der Arbeiter- und Angestelltenchaft vorgetragen.

Nach dreitägiger ausgiebiger Verhandlung sei dann folgendes Ergebnis zu verzeichnen gewesen. Der Herr Oberbürgermeister sagt die geforderte eine Mark Lohnhöhung für sämtliche männliche und weibliche Arbeiter, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen, sowie die Hilfsarbeiterchaft zu. Da der hierzu erforderliche Beschluß des Stadtverordnetenkollegiums nicht vor Mitte September herbeizuführen sei, soll die Nachzahlung ab 1. September dieses Jahres erfolgen. Um für die geforderte Nachzahlung ab 1. Juli und die in der letzten Zeit kolossal zunehmende Teuerung einen Ausgleich zu schaffen, verspricht der Herr Oberbürgermeister, alles einzusetzen, um im Spätherbst eine einmalige Teuerungszulage für die Gesamtarbeiter- und Angestelltenchaft herbeizuführen, und zwar soll diese nicht weniger als der Ausfall der geforderten Nachzahlung der Lohnhöhung betragen, im Gegenteil entsprechend höher sein. Der achte freie Tag für das Fahrpersonal wird ab 9. September dieses Jahres eingeführt. Die weitergehenden Forderungen und Wünsche der Arbeiterchaft, wie die Angleichung der Ansepler an das Fahrpersonal, die Verkürzung der Arbeitszeit, sowie die Wünsche des Bureauhilfspersonal auf Lohnfortzahlung in Krankheitsfällen und die Einführung von Monatslöhnen sollen eingehend geprüft und derselben nach Möglichkeit entsprechen werden. Bezüglich einer Verbesserung der Sonnerzweckungen von Nahrungsmitteln für die städtische Arbeiterchaft wolle sich der Herr Oberbürgermeister nochmals mit der städtischen Regierung in Verbindung setzen, um eine solche herbeizuführen.

Die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenchaft ließen keinen Zweifel darüber, daß es ihnen schwer falle, im Interesse einer Einigung auf die rückstehende Nachzahlung der Lohnhöhung zu verzichten und appellierten nochmals an den Herrn Oberbürgermeister, daß die verbrochene Teuerungszulage im Spätherbst auch der den Staatsbeamten und Arbeitern gewährt werden müsse, wenn sie ihren Zweck, eine Verbindung der städtischen Angestellten und Arbeiter zu verhindern, erfüllen solle. Besonders wurde noch auf die Forderung des Bureauhilfspersonal und ganz besonders der Hilfsarbeiter hingewiesen. Die in ihren Löhnen weit hinter der Arbeiterchaft noch zurückbleibenden, keine Nahrungsmittelzuzweckungen erhalten und deshalb kaum ihre Existenz finden könnten.

Alles in allem könne man aber mit dem Ergebnis zufrieden sein, habe doch die Arbeiter- und Angestelltenchaft durch ihre geschlossene Forderung erreicht, daß sie bezüglich ihrer Lohnforderungen eine bestimmte Zulage namentlich betriebsweise und von Wähler für die Arbeiter- und Angestelltenchaft ist weiterhin noch die Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters, daß er eingesehen habe, daß die Arbeiter und Angestellten mehr Vertrauen in Verhandlungen setzen, wenn sie gemeinschaftlich mit ihrer Organisationsleitung geführt würden und er sehr bereit sei, so wie heute auch künftighin zu handeln. Damit ist eine Basis auch zur weiteren schließlichen Arbeit gegeben. Mit diesem Ergebnis der Bewegung kann auch die Arbeiter- und Angestelltenchaft zufrieden sein.

In der Ansprache, an welcher sich über diese Vorfälle und Kolleginnen beteiligten, kam zum Ausdruck, daß die Arbeiter- und Angestelltenchaft mit der Forderung der Lohnhöhung erst ab 1. September nicht voll zufrieden ist und erwartet, daß die verbrochene Teuerungszulage im Spätherbst nicht nur wirklich eine solche darstelle. Was der Herr Oberbürgermeister in dieser Hinsicht mitzuteilen kann, das mag in Zukunft noch kommen. Nur so kann die Entscheidung hinterher nicht als eine bloße Formel in einem anderen Sinne alle noch mehr als ein Mittel zum Zweck angesehen werden. Das ist die Aufgabe der Arbeiter- und Angestelltenchaft, welche die Verhandlungen über ihre Interessenfortsetzung in Angriff nehmen. Das Verhalten der christlichen Kollegen ist ein sehr bedauerliches. Das Verhalten der Arbeiterchaft ist ein sehr lobenswertes. Die Arbeiterchaft hat sich in der Verhandlung über die Lohnforderung sehr tüchtig und energiegeland gezeigt. Die Kommission wurde dem Punkt der Lohnforderung für die Arbeiter- und Angestelltenchaft an-

gesprochen. Mit einem letzten Appell an die Versammelten, aus der nunmehr vorläufig abgeschlossenen Bewegung die Lehre zu ziehen, daß nur Einigkeit und Geschlossenheit sowie eine straffe Disziplin die Arbeiter- und Angestelltenchaft auch weiterhin vorwärts bringen kann, und daß auch künftighin dieselbe Einigkeit unter den städtischen Arbeitern und Angestellten herrschen möge, schloß der Versammlungsleiter die sich immer mehr und mehr zu einer beängstigenden Dichte füllende Versammlung.

Die Stadtverwaltung Halberstadt auf dem Kriegspfade.

Nichts und Nichts = Nichts. Das ist das Resultat unserer admonatlichen Lohnbewegung. Am 5. November v. J. forderten wir eine Aufbesserung der Löhne um 2 Mk. pro Tag. Im Vergleich zu der herrschenden Teuerung eine recht bescheidene Forderung. Nach reichlich acht Monaten sind Magistrat und Stadtverordnetenkollegium zu einer Ablehnung der Forderung gekommen. Es sollte damit nicht gesagt werden, daß die Löhne bereits hoch genug sind, sondern das habe dann so aus, als ob man dem Drängen der Arbeiter nachgegeben hätte. Um das zu vermeiden, mußte man mit wenig Mitteln den Beweis liefern, daß die Löhne in den städtischen Betrieben voran stehen. Direktor Zinke hat sich alle Mühe gegeben, auch diesmal die Forderungen der Arbeiter zu hinterreiben. Man hat in Halberstadt die Forderungen dahin geprüft: Sind die jetzigen Löhne der letzten Zeit angepaßt? Man hat monatlang geprüft: Wie kommen die städtischen Arbeiter überhaupt dazu, Forderungen zu stellen, ohne vorher Herrn Zinke um Erlaubnis zu fragen? Das ist in Halberstadt etwas Unvorstellbares. Die sonst so leicht zu gängelnden Arbeiter waren doch immer zufriedener. Schließlich kam man zu dem Ergebnis, daß die Unzufriedenheit von Draußen hereingetragen ist. Die Geschichte aus Aradwinkels Schredenstagen lebte in Halberstadt neu auf. Die Mühe und Arbeit, die man auf dem Rathaus aufgebracht hat, die Forderungen der Arbeiter abzulehnen, hätte man nur zum vierten Teil gebraucht, um zu beweisen, daß die gestellten Forderungen viel zu mächtig und bescheiden sind. Das zu beweisen war sehr leicht. Alle Lebensmittel haben gewaltige Preissteigerungen aufzuweisen. Bei den Lebensmitteln, die ohne Marken gekauft werden müssen, ist die Preissteigerung eine unbegrenzte. Noch viel größer sind aber die Preissteigerungen für Bekleidung, Wäsche, Schuhzeug und alle Haushaltungsartikel. Wollen die Herren auf dem Rathaus behaupten, daß die bisherigen Lohnsteigerungen dieselbe Höhe aufzuweisen haben? Diese Frage, die nur allein geprüft werden mußte, hat man gar nicht geprüft. Ausschlaggebend zur Ablehnung der Forderung war, daß die Arbeiter diese Forderung durch den Verband stellen ließen! Na, man hat sich nicht getraut, das offen auszusprechen. Das, was man bewilligt wurde, verdient nicht erwähnt zu werden. Unverändert erhalten 7 Mk. und Gehaltete ohne Minder 4 Mk. Zulage pro Monat! Man hat sich die Löhne der städtischen Arbeiter aus anderen Staaten mitteln lassen und auch die Arbeiterlöhne aus der Eisenbahnbetriebsverhältnisse. Mit diesen Löhnen hat man dann die Löhne der städtischen Arbeiter verglichen und kam zu dem Ergebnis, daß die Löhne in den städtischen Betrieben Halberstadts die besten sind. Wie man das Minimum festgrubete, ist allerdings ein Geheimnis der Versammlung. Bei den Löhnen der Betriebsverhältnisse hat man schon nachgewiesen, daß die Angaben unzutreffend sind. Doch läßt man einmal alle die Stadtverwaltungen selbst urteilen, die der Stadtverwaltung Halberstadt Angaben über die Löhne der städtischen Arbeiter machten, ob es wahr ist, daß die Löhne in Halberstadt „mit zu den besten“ gehören. Kurzum benutzen wir die eigenen Angaben der Stadtverwaltung. Am letzten Jahre hatten den 185 städtischen Arbeitern 13 Arbeiter ein Jahresentkommen bis zu 1500 Mk. Von 1500 bis 2000 Mk. hatten 61 Arbeiter. Von 2000 bis 2500 Mk. hatten 59 Arbeiter. Von 2500 bis 3000 Mk. hatten 39 Arbeiter und über 3000 Mk. Jahresentkommen nicht hatten 22 Arbeiter. Die höheren Einkommen ergreifen nur Arbeiter, die eine fast durchgängige 10-jährige Arbeitszeit haben und nach an dem meisten Lohnverdienst befristet sind. Wenn man jeden Arbeiter mit dem Einkommen befragt, dann können diese Arbeiter ein Einkommen von 1000 bis 1500 Mk. verdienen. Von den Löhnen der städtischen Arbeiter und aus anderen Quellen ergibt man für den Lohn der Arbeiter und Beschäftigten mit den städtischen Löhnen, so man den Lohn der Beamten und Dienstboten ergötzen kann in die städtischen Einkommen mit einschließen. Das heißt es heißt die Lohn der Beamten den Lohn grund, die in der Einkommensklasse in bestimmten Einkommen ergötzen werden. Zur Abschätzung wollen wir die jetzigen Löhne von den Löhnen der Teuerungszulagen.

Lohnklasse 1: Lohngrenzen	1,90 bis 3 Ml.
" 2: "	3,25 " 3,75 Ml.
" 3: "	3,25 " 4 Ml.
" 4: "	3,25 " 5 "
" 5: "	4 " 6 "

Das sind die jetzigen Lohnsätze nach den Angaben des Magistrats. Hierzu kommen Feuerungszulagen von 15 Ml. monatlich pro Kopf der Familie. Also für Unverheiratete betrug bisher die ganze Feuerungszulage 15 Ml. und für Verheiratete ohne Kinder 30 Ml. pro Monat. Wie es also bei diesen niedrigen Löhnen und den geringen Feuerungszulagen möglich sein soll, Jahreseinkommen von 2500 bis 3000 Ml. und darüber zu erzielen, erscheint so ziemlich rätselhaft. Der höchste Lohnsatz beträgt 6 Ml. pro Tag, den nur wenige Arbeiter erhalten. Das macht pro Jahr bei 300 Arbeitstagen 1800 Ml. Um nun durch die Feuerungszulagen ein Einkommen von 3000 Ml. und darüber zu erzielen, gehört eine sieben- bis achtköpfige Familie dazu. Derartig zahlreiche Familien dürften aber unter den städtischen Arbeitern ziemlich selten sein. Wenn also ein größerer Teil der Arbeiter das Einkommen hatte, dann ist das nur durch viel Hebergeitarbeit und Sonn- und Feiertagsarbeit möglich. Diese Einkommen werden selbstverständlich noch durch die Versicherungsbeiträge gefürzt. Aber auch sonst macht man in Halberstadt große Abzüge. Hier nur ein Beispiel: Einen Kesselswärter des Elektrizitätswerkes wurden über 4 Ml. vom Lohn abgezogen. Der Mann soll in der Nachtschicht zum Kesselspeisen 15 Kubikmeter Wasser zuviel verbraucht haben. Nachdem dem Mann der Abzug gemacht war, erhielt er eine Rechnung vom Wasserwerk über 15 Kubikmeter verbrauchtes Kesselspeisewasser. Also in Halberstadt sollen die Arbeiter das Wasser zum Kesselspeisen bezahlen! Die Arbeiter haben sich nunmehr an den Schlichtungsausschuß gewandt. Bis jetzt ist die Sache nicht zur Verhandlung gekommen. Die Tatsache, daß selbst die angeblich erzielten Jahreseinkommen noch eine Aufbesserung von 50 bis 100 Proz. erlahren können, beweist, wie bescheiden die Forderungen der Arbeiter sind. In welcher Form diese Forderungen geltend gemacht werden, sollte man ruhig den Arbeitern selbst überlassen. Als mündige Menschen brauchen sie keinen Vormund. Wir verlangen mit allem Nachdruck, daß die Arbeiter ihrem Werte nach behandelt und entlohnt werden!

Die Gewerkschaften nach dem Kriege.

I.

Mit dem nachfolgenden Auszug aus einem Aufsatz Paul Umberts in den „Soz. Monatsheften“ sehen wir die Artikelreihe über dieses wichtige Thema fort:

Ohgleich das Ende des Weltkriegs noch nicht abzusehen ist, hängen sich doch die Vorbereitungen für die kommende Friedenszeit von Tag zu Tag. Die Grundzüge der Hebergarawirtschaft nach dem Kriege werden bereits festgelegt. Programme für die künftige innerpolitische Arbeit werden aufgestellt. Und anderes mehr. So steigt eine Friedensstauung nach der andern auf. Selbst der Nabe hat sich rechtzeitig eingestellt: Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie nimmt seine allgewohnte Propaganda wieder auf, als ob der Krieg gar nicht vorhanden gewesen wäre.

Wie wird sich nun das Wirken der Gewerkschaften nach dem Kriege gestalten? Können wir zunächst die allgemeinen großen Gesichtspunkte ins Auge, so wird es die Aufgabe der Gewerkschaften sein müssen in dem großen Ringen um den Weltmarkt in seiner totalen Ausweitung, das zwischen den nationalen Kapitalisten auf der Stufe der höchstgefeigerten Organisationswirtschaft bevorsteht, die Arbeiterinteressen mit allem Nachdruck zu vertreten. Das geschieht durch ein aktives Eingreifen in die Wirtschaftspolitik. Die Arbeiterklasse muß ihre eigene Wirtschaftspolitik entwickeln. Die ihren Interessen sowohl als Hauptbeteiligte an der Produktion wie als Verbraucher gerecht wird. Sie kann natürlich der Weltwirtschaft keine neuen Gesetze aufzwingen, sondern muß den Tatsachen Rechnung tragen. Das bedeutet, daß sie in manchen Dingen mit der Wirtschaftspolitik bürgertlicher Gruppen gehen muß. Vor allem in der Produktionsförderung. Die Tatsache, daß sie zugleich den großen Verbraucher darstellt, zwingt sie mehrheitlich allen produktionsfördernden Maßnahmen auch deren Wirkung auf den Verbrauch in Betracht zu ziehen und die Produktionsförderung durch Mittel herbeizuführen zu suchen, die die Masse der Verbraucher möglichst wenig belasten. Die Forderung der heimischen Wirtschaftsentwicklung wird sie daher durch unmittelbare Regulierung der Produktionskraft zu erreichen trachten, durch Hebung der Lohnverhältnisse, durch Kapitalerwerb, Gründung von Kapitalgesellschaften, Kapitalverwaltungen, durch Preisbewerben und

Ausstellungen, durch Transportvergünstigungen, Düngerbefreiung, Samen- und Zuchtveredelung und Förderung genossenschaftlicher Organisation, vor allem aber durch Verstaatlichung des ländlichen Realcredits, der die Landwirtschaft von der kapitalistischen Auswucherung befreit und ihre Zinsschuld herabsetzt: eine Reform, die auf Kosten des mobilen Kapitals, aber nicht der Verbraucher, vor sich geht. Was die Förderung der heimischen Industrie betrifft, so denken sich manche Industriellenkreise diese so, daß man aus allen Ländern und Erdteilen billige Arbeitskräfte heranzieht und in alle Weltgegenden Reisende hinausgeschickt, um andere Nationen zu unterbieten, usw. Die deutsche Arbeiterklasse denkt darüber ganz anders. Sie ist gewiß bestrebt die natürlichen Produktivkräfte ihres Landes (und dazu gehört auch die hochqualifizierte Arbeitskraft) zu entwickeln, für gute, sogar reichliche und lohnende Beschäftigung zu sorgen und die Ausfuhr so weit zu fördern, als dies zur Deckung des notwendigen Einfuhrbedarfs erforderlich ist. Aber darüber hinaus deutsche Arbeit in aller Welt billig zu verschleudern und ausländische Kulis daheim massenhaft aufzunehmen, daran hat sie nicht das mindeste Interesse. Soweit es sich darum handelt der deutschen Volkswirtschaft auf dem Weltmarkt ihren Rang zu sichern, wird die Arbeiterklasse gewiß mit allen Kräften für dieses Ziel eintreten. Aber sie wird dabei unterscheiden zwischen dem Profitinteresse des Kapitals und dem gemeinwirtschaftlichen Interesse des deutschen Volkes.

Neben dem Kampf auf dem Weltmarkt, in dem die deutsche Volkswirtschaft geschlossen als Ganzes, trotz manchen widerstreitenden Interessen und Auffassungen im Inneren, aufzutreten hat, wird der Kampf um die heimische Wirtschaftsregie die Kräfte der Arbeiterklasse in Anspruch nehmen. Es handelt sich hierbei um den bevorstehenden Kampf zwischen der privaten Erwerbswirtschaft und der gemeinnützigen Volkswirtschaft, der auf zahlreichen Erwerbsgebieten ausgetragen werden muß. Wenn ich den Gegensatz in dieser Weise formuliere, so bin ich mir trotzdem bewußt, daß auch die staatliche, gemeindliche oder gemischtwirtschaftliche Monopolwirtschaft das Erwerbsinteresse voranzustellen wird, ja sogar muß; denn soweit nicht gewisse Verstaatlichungen aus rein strategischen Gesichtspunkten erfolgen, ist ihr Leitmotiv die Erzielung möglichst hoher Ueberschüsse. Aber abgesehen davon, daß bei gemeinwirtschaftlichen Betrieben die Ueberschüsse nicht dem einzelnen Kapitalisten zustiegen, sondern dem Gemeinwesen und dadurch die Verminderung anderweitiger Steuerlasten ermöglichten, fragt es sich, in welcher Weise diese Ueberschüsse herausgewirtschaftet werden. Es gehört zu den Kriterien des privatkapitalistischen Betriebs, möglichst große Arbeitsleistungen für niedrigen Lohn aus den Arbeitern und Angeestellten herauszupressen und den Verbrauchern möglichst hohe Preise zu diktieren, sei es unter angemessener Berücksichtigung des Zwischenhandels, sei es unter dessen Ausschaltung. Wird der Privatbetrieb nach dem Kriege, wie es vielfach beabsichtigt wird, durch hohe Abgaben belastet, so wird er sich an den Arbeitern und Konsumenten doppelt schädliches zu halten suchen. Die Arbeiterklasse muß bestrebt sein die Arbeitsleistung durch kurze Arbeitszeit und auskömmliche Löhne zu erhöhen, die Erzeugung durch gute Organisation, Normalisierung, Wegfall entbehrlicher Transporte, Kessame und Zwischengewinne zu verbilligen und den Absatz durch mögliche Verallgemeinerung zu steigern. Der Staats- und Gemeindebetrieb mag heute an Leistungsfähigkeit noch vielfach hinter dem Privatbetrieb zurückstehen, sicher aber nicht an Entwicklungsfähigkeit. Daß sich diese Entwicklung in der Richtung zur wahren Gemeinwirtschaft vollzieht, muß eine Aufgabe der Arbeiterklasse und ihrer Wirtschaftsverbände, der Gewerkschaften, sein. Diese werden nicht immer unterschiedslos dem Staatsbetrieb vor dem Privatunternehmen den Vorzug geben können, besonders nicht einem Staatsbetrieb, in dem sich krasser Zölibatismus mit bestem Bürokratismus verbündet. Die Gewerkschaften werden vielmehr die soziale Verpflichtung als Leitmotiv sowohl bei den privaten wie bei den staatlichen Unternehmungen durchzusetzen haben und ganz besonders bei gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen darauf achten müssen, daß die Arbeiter zu ihrem Recht kommen. Aber sie werden den Gedanken zielbewußt fortwährender Durchstaatlichung der Wirtschaft überall konsequent fördern, vor allem durch Verstaatlichung des Arbeiterinflusses auf die Betriebsleitung, in dem Bewußtsein, daß die Arbeiterklasse die letzte Stütze des gemeinwirtschaftlichen Systems, der eigenliche Träger der Sozialisierung ist.

Im Rahmen dieser leitenden Gesichtspunkte können die einzelnen Probleme, die die Gewerkschaften nach dem Kriege zu lösen haben, nur mehr technischer Natur behandelt werden. Sie sind trotzdem wichtig genug, um hier wenigstens in großen Zügen behandelt zu werden.

Notizen für Gasarbeiter

Zur Lohnbewegung der Arbeiterschaft der Gasgesellschaft (I. C. G. H.) Berlin.

Ein Telefongespräch im fünften Kriegsjahre.
„Bitte 4860!“ — „Hier Gasgesellschaft!“ — „Hier Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Verwaltung Berlin. Bitte die Direktion!“ (Längere Pause.)

„Hier Direktion der Gasgesellschaft!“ — „Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Mit wem habe ich die Ehre?“
Direktor Körting!“

„Herr Direktor, in den letzten Tagen sind uns aus verschiedenen Betrieben Beschwerden zugegangen, daß die vor mehr als fünf Wochen beantragten Arbeiterauschuss-Verhandlungen noch nicht stattgefunden haben...“

(Ungeduldig): „Die Dinge erledigen wir mit unseren Arbeitern selbst, da lassen wir uns von anderer Seite nicht dreinreden.“

„Aber Herr Direktor, die Anträge sind vor fünf Wochen...“
(Bestig): „Regen Sie sich darüber nicht auf, das machen wir mit unseren Arbeitern selbst!“

„Herr Direktor, ich rege mich durchaus nicht auf. Meine Anfrage soll nur erreichen, daß die Erregung in der Arbeiterschaft beseitigt wird. Dies liegt doch wohl auch im Allgemeininteresse.“

„Ich danke Ihnen verbindlich für Ihre Anregung. Ich bin zurzeit mit der Sache beschäftigt. Empfehle mich!“

„Empfehle mich, Herr Direktor!“ (Schluß.)

Zum besseren Verständnis unserer Leser sei darauf hingewiesen, daß eine Versammlung des Personals der Gasgesellschaft am 11. Juli die Arbeiterauschüsse beauftragte, die gleichen Forderungen zu erheben, wie sie die Berliner Kollegen auf dem Verhandlungswege schon durchgesetzt hatte. Verhandlungen wurden sofort beantragt. Die Verwaltung aber rührte sich nicht. Die Verwaltung der Berliner Gaswerke hat seit 14 Tagen die mit Wirkung ab 1. Juli erhöhten Löhne ausbezahlt. Die Direktion der Gasgesellschaft hält es für überflüssig, den Arbeitern auf ihre Anträge auch nur zu antworten. Die Arbeitslosengehälter kümmern sie nicht.

An Herrn Generaldirektor Körting sind die Jahre des Krieges spurlos vorübergegangen. Er ist der alte geblieben. Die Organisation der Arbeiter ist dem Vorsitzenden des Vereins der Gas- und Wasserfachmänner auch heute noch ein Grauel. Diese Haltung des Herrn Direktors wird aufläuternd wirken.

Aus unserer Bewegung

Mugsburg. Am 19. August tagte im Gasthaus zum Witzelsbacherhof eine gut besetzte Versammlung der städtischen Arbeiter, die erneut zu der bestehenden Feuerungs-Stellung nahm. Gauleiter Wiegand erläuterte das Referat und führte unter anderem aus: Selbst der bayerische Kultusminister von Anstettin meinte, es sei Tatsache, daß alle Behörden die jetzt bestehende Feuerungs-Stellung nicht mehr ausreichten und daß auch die höheren Beamten entweder ihre früheren Ersparnisse verwenden oder hungern müßten. Die bestehende Luft sei nicht mehr zu überbrücken und es bestehe die allgemeine Gefahr der Proletarisierung des gesamten höheren Beamtenstandes. Wenn also schon der höhere Beamtenstand Schäden leidet, wie schaut es dann in denjenigen Kreisen der Arbeiter aus, die gleichfalls bei den Stadtverwaltungen in keiner Anstellung leben! Sie können ihre früheren Ersparnisse nicht ansetzen, weil ihr Verdienst in Friedenszeiten solche nicht zuläßt. Es schien eine Zeitlang, als wollte man auch die Arbeiter sofort zu ihrem Rechte kommen lassen. Beamte und Arbeiter wurden ziemlich einseitlich aufgebessert, was heute nicht mehr behauptet werden kann. Die Arbeiter trennte man bei den Zulagenregelungen von den Beamten und versuchte, sie schon bei der vorliegenden Feuerungszulage auszuscheiden, was allerdings damals mißlang. Bei der letzten Erhöhung der Feuerungszulage schaltete man die Arbeiter direkt aus, weil man nach Aussage des Magistrats die Arbeiter bei Schaffung der Lohnskala entsprechend aufgebessert hat. Wie weit das zutrifft, haben wir wiederholt in der Presse öffentlich festgestellt, darum begnügen wir uns mit der neueren Behauptung, daß damals nur ein ganz kleiner Teil der städtischen Arbeiter eine Aufbesserung erhalten hat. Die meisten erhielten pro Tag nur einige Pfennige, die nicht nur heute, sondern schon damals vollständig unzulänglich waren. Die Folge war, daß die Arbeiter am 11. Juni 1918 mit einem neuen Antrag kamen, in dem eine tägliche Verringerung von 1,50 Mk. für Arbeiter und von 90 Pf. für Arbeiterinnen verlangt wurde. Die städtischen Kollegien behandelten aber diese Anträge nicht, sondern zitierten auf ihren Vorbehalten aus. Neben empfahl der Versammlung nachstehende Entschiedenheit, die nach längerer Diskussion einstimmig angenommen wurde: „Die am 19. August tagende Versammlung der städtischen Arbeiter gibt durch übereinstimmenden

Beschluss der Meinung Ausdruck, daß bei der derzeitigen Lebenshaltung mit dem jetzigen Einkommen nicht mehr auszukommen ist. Die Versammlung bedauert, daß die städtischen Arbeiter bei Gewährung der letzten Feuerungszulage ausgeschlossen wurden, um so mehr als schon bei der vorhergehenden Feuerungszulagenregelung der Versuch auf Ausschaltung gemacht wurde. Hinsichtlich der neu geschaffenen Lohnskala erkennt die Versammlung an, daß damit eine kleine Verbesserung der Lohnbezüge eingetreten ist, die aber keineswegs ausreicht, um als eine endgültige Regelung der Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter betrachtet zu werden. Darin die Nichtachtung der damals von den Arbeitern gewünschten Besetzungen mehrerer Gruppen in höhere Lohnklassen hat der übergroße Teil der Arbeiter nur eine ganz kleine Zulage erhalten. Außerdem hat die geradezu wahnsinnige Preissteigerung alle bisher gewährten Zulagen weit überholt, so daß nur eine weitere Erhöhung der Feuerungszulagen einen genügenden Ausgleich schaffen kann. Da die Versammlung auch die am 11. Juni 1918 gestellten Anträge als von der Feuerung überholt betrachtet muß, beauftragt sie den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und den Gesamtarbeiterauschuss, sie wollen bei den städtischen Kollegien beantragen, daß der jetzt bestehende Kriegslohnzuschlag für Arbeiter einschließlich der Vatermörder um weitere 3 Mk. für Arbeiterinnen um 2 Mk. täglich mit rückwirkender Kraft ab 1. Juli 1918 erhöht wird. Ferner spricht die Versammlung die Erwartung aus, daß seitens der städtischen Kollegien nach dem bis jetzt eingeschlagenen Entschluß in der Lohnzulage weiterhin verfahren werden möchte und daß nicht, wie von einer anderen Korporation verlangt, zu dem früheren Entschluß der abgestuften monatlichen Feuerungszulagen zurückgekehrt wird.“ — Am gleichen Tage befaßte sich eine Versammlung der städtischen Bediensteten Mugsburgs ebenfalls mit der gegenwärtigen Feuerung, wobei nach einem Referat des Kollegen Wiegand folgende Entschlüsse einstimmig angenommen wurden: „Die städtischen Bediensteten sind angefaßt der enormen Feuerung aller Lebensmittel wie der sonstigen Bedarfsgegenstände der übereinstimmenden Überzeugung, daß der jetzige Verdienst trotz all der Zulagen nicht ausreicht ist. Sie beschließen in einer am 19. August im Gasthaus zu den sieben Kindern tagenden Versammlung, den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu beauftragen, daß dieser bereits neuerliche Anträge auf Erhöhung der Feuerungszulagen eingebracht werden möchten. Die neu zu fordernden Zulagen sollen für männliche Bedienstete 2,50 Mk. für weibliche 1,50 Mk. pro Tag betragen und ab 1. September 1918 gewährt werden. Die Versammlung erwartet, daß die verehrlichen städtischen Kollegien angesichts der enormen Kosten für diese Forderung finden und dieselbe recht bald zur Verabschiedung gelangen lassen.“ Außerdem sei noch nachgetragen, daß in der Diskussion bei der Versammlung städtischer Arbeiter angeführt wurde, der Herr Bauamtman habe sich Arbeitern gegenüber, als sie zu einer schweren Arbeit herangezogen werden sollten und sich diesbezüglich um einen höheren Lohn an ihn wandten, dahin geäußert: „Sie verdienen ja diese Löhne nicht einmal.“ Trifft das zu, so muß dagegen ganz entschieden Protest erhoben werden.

Berlin-Charlottenburg. Ein Schreiben des Herrn Bürgermeisters Dr. Raue vom 14. August an die Erbsenverwaltung Berlin teilt mit, daß auf den Antrag vom 21. Juni er. die Verwaltungen der Gaswerke und des Elektrizitätswerkes beschlossen haben, mit Wirkung ab 1. Juli eine weitere Zulage von 10 Pf. für die Stunde zu gewähren. Die Forderung für die Wasserwerke in gleicher Richtung steht bevor. Leider verläuft in dem Schreiben nichts darüber, ob und wann dem Personal der Stämmereibetriebe die Zulagen gewährt werden.

Göln. (Verächtigung.) In Nr. 34 der „Gewerkschaft“ muß es unter „Göln. Es es kist?“ in der ersten Zeile heißen: unter dem Namen „Erisgruppe für städtische Betriebe“.

Frankenthal. Mit der neuen Erhöhung der Feuerungszulagen für die städtischen Arbeiter befaßte sich am 19. August eine gut besetzte Versammlung der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen aller Betriebe. Gauleiter Kolke Ströbel-Mannheim besprach die neue Erhöhung der Feuerungszulagen. Er ging von unserer Eingabe aus, die eine Erhöhung der Löhne wünschte, und zwar für männliche 1,50 Mk. und für weibliche Arbeitskräfte 1,20 Mk. pro Tag. Auf diese Eingabe ist dem Verband bis heute ein Antwort nicht geworden; dagegen wurden die Feuerungszulagen ab 28. Juli erhöht, und zwar für Männer um 1,20 Mk., für Frauen um 1 Mk. pro Tag, so daß der Betrag aller während des Krieges gewährten Feuerungszulagen 3 bzw. 2 Mk. erreichte. Diese Beträge sind insofern unbefriedigend, da in den meisten anderen Gemeinden neben den Feuerungszulagen für die einzelne Arbeitskraft noch Beihilfen für Kinder bis zu 16 oder 18 Jahren in nennenswerten Beträgen gewährt werden. Das an der Neuregelung besonders beachtet werden muß, ist, daß wiederum nur eine Erhöhung der Feuerungszulagen erfolgt und das Verlangen nach einer zeitweiligen Lohn-erhöhung außer acht blieb. Die Versammlung gab ihrer Meinung darüber durch einstimmige Annahme nachstehender Resolution Ausdruck: „Die Versammlung der städtischen Arbeiter aller Betriebe nimmt Kenntnis von der ab 28. Juli einsetzenden Erhöhung der Feuerungszulagen. Sie befragt dieselbe, weil damit

ein Teil der eingetretenen Not gelindert wird. Dagegen bedauern die Versammelten lebhaft, daß abermals eine Erhöhung der Feuerungszulagen und keine zeitgemäße Lohnerhöhung erfolgte. Im Interesse der Existenzsicherung des Arbeiters halten die Versammelten eine allgemeine Revision des Lohntarifs für notwendig und beauftragen den Vorstand und die Gauleitung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, hierfür die Vorarbeiten zu treffen, um einem mit der Stadtverwaltung hierwegen in Verhandlungen einzutreten." -- Akt Renaufnahmen für den Verband war der Erfolg der sehr anregend verlaufenen Versammlung.

Kaiserlautern. Laut Beschluß des Stadtrats vom Juli d. Js. erhalten sämtliche nichtständige Arbeiter, auch die Kriegsausfallsarbeiter, ohne Rücksicht auf die Dauer der Dienstzeit, fünf Tage Erholungsurlaub.

Leipzig. Die bei der städtischen Gartenverwaltung beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nahmen in einer Versammlung am 17. August zu ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen Stellung. Dieser Betrieb ist nach der einzigen von den städtischen Betrieben, wo die stündliche Arbeitszeit noch nicht durchgehend vorherbestimmt und im Sommer noch 10 Stunden gearbeitet wird. Eine solche Forderung um die stündliche Arbeitszeit war vom Arbeiterausschuß Anfang Mai dem Rat unterbreitet, jedoch hat der letztere bis jetzt noch keine Zeit gefunden, darauf zu antworten. Das gleiche geschah mit den Forderungen auf früheren Arbeitschluß an den Sonnabenden. Die im April zwar fällige, aber damals nicht mit ausgesetzte Dienstaufzulage ist jetzt nachgezahlt worden nach Vorstellung des Arbeiterausschusses. Jedoch ist die Zulage nicht nach der 20proz. Feuerungszulage berechnet und ausbezahlt worden. Verhältnisse wurde geführt einerseits über den Mangel an Unterkunftsräumen und andererseits über die schlechte Beschaffenheit derselben, die diesen Namen gar nicht verdienen, weil sie mehr Geräteschuppen als Aufenthaltsräume darstellen. Es müßten erst lange Anbauarbeiten vorzunehmen werden, ehe die Arbeiter in diesen Räumen ohne Wärme und Frische zum Teil auch unangelegentlich im Winter sich in irgendeiner Ecke zur Einnahme ihrer Mahlzeit niederlassen können. Eine Vorrichtung zum Erhitzen der Speisen ist der Gartenverwaltung jedenfalls als Luxus, und wer sich nicht selbst Spiritus und Sperröl von Hause mitbringen kann, muß sein dürftiges Mahl eben kalt verzehren. Daß das Fehlen einer solchen Vorrichtung in jetziger Zeit bei der kappen Vegetation, wo man fast den ganzen Tag auf der Mothelst entgegenwischen ist, sich für die Arbeiter besonders fühlbar macht, scheint die Gartenverwaltung nicht zu berücksichtigen. Sind es doch meistens alte Leute, die nach Ansicht dieser Verwaltung wohl überhaupt noch froh sein müßten, daß sie hier arbeiten dürfen. Diese Zustände sind der Verwaltung aber nicht nur seit heute oder gestern bekannt, sondern sie bilden ein jahrelanges Kapitel der Misere der Arbeiter, ohne daß man sich aber ernstlich bemüht hätte, für Abhilfe zu sorgen. Sommerferien gewährt man in diesem Betrieb meistens im angegebenen Winter, aber nur bei den Arbeitern, und hängt es vom guten Willen der Herren Inspektoren ab, wenn der Sommerurlaub früher erteilt wird. Daß sich die Arbeiter mit diesen Praktiken nicht erwidern erklären konnten, ist selbstverständlich. Sie beauftragten den Arbeiterausschuß, das Wort zu veranlassen.

Neustadt a. d. S. Amern 9. Juni hatte unsere hiesige Zentrale eine Erhöhung der Feuerungszulagen beantragt. Laut Antwort des Herrn Bürgermeisters von Neustadt ist die Sache in folgender Weise erledigt worden: „Ausgang aus dem Protokollbuche der Vereinigten städtischen Bau-, Abfahr-, Gas- und Wasserwerksausschüsse. -- Sitzung vom 31. Juli: Auf die Eingabe des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter hier vom 9. Juni 1918, die jetzt an die städtischen Arbeiter bezahlten Kriegsteuerungszulagen um 1 Mk. täglich zu erhöhen und außerdem einem jeden eine einmalige Zulage von 100 Mk. zur Vortreibung der Kosten für die Winterdürfnisse zu gewähren, beschließen die vereinigten Bau-, Abfahr-, Gas- und Wasserwerksausschüsse in Würdigung der in der Eingabe vorgetragenen Gründe mit Stimmenmehrheit: 1. Die Kriegsteuerungszulagen aller städtischen Arbeiter mit Rückwirkung vom 1. Juli d. J. an gleichmäßig um 1 Mk. zu erhöhen und bewilligen 2. eine am 1. Oktober d. J. zahlbare einmalige Zulage in der Höhe von 50 Mk. bei ledigen, 70 Mk. bei verheirateten Arbeitern und 10 Mk. für jedes noch die Fortschule besuchende und jüngere Kind." Weiter wurde der von uns beantragte Lohn des Schlachthausarbeiters geregelt, so daß derselbe sowohl bei Tage wie bei Nachtdienst einschließlich der Zulagen auf 6,50 Mk. pro Tag kommt. Weiter heißt es: „Die Ausschüsse fassen diese Beschlüsse in eigener Zuständigkeit und bestimmen lediglich dessen Bekanntgabe an den Stadtrat." Das Bürgermeisterrat geht hand. -- Damit haben auch unsere Neustädter Kollegen ihre Zulagen erhalten. Derselben betragen jetzt seit Kriegsausbruch für Bauarbeiter 25 Pf., Lohnerhöhung und 200 Mk. Feuerungszulagen; für Gasarbeiter 40 Pf., Lohnerhöhung und 275 Mk. Feuerungszulagen, beide Kategorien Arbeiterzulagen von 1 Mk. pro Tag und Monat.

Strasburg i. G. Amern 9. Juni hat unsere hiesige Zentrale eingeschrieben, daß die Feuerungszulagen von 18 auf 40 bzw. 50 Mk. monatlich erhöht werden sollen; außerdem soll eine einmalige Zulage von 100 Mk. an Ledige und 200 Mk. in Verheiratete gewährt werden; die Eingekerkerten sollen jeweils 75 Proz.

dieser Sätze erhalten. Am 11. August kam die Eingabe im Gemeinderat zur Verhandlung. Der Bürgermeister teilte mit, daß auch die Beamten, Lehrer und das unständige Personal um eine Verbesserung ihrer Bezüge eingekommen sind und daß es dadurch nicht möglich war, die ganze Angelegenheit spruchreif zu machen. Doch schlägt die Verwaltung vor, den Anträgen des Verbandes im Prinzip zuzustimmen und zwar soll die Erhöhung der Feuerungszulagen rückwirkend ab 1. Januar erfolgen, wodurch die Gewährung einer einmaligen Zulage sich erübrigen sollte. Auf diese Rückwirkung der erhöhten Feuerungszulagen soll sofort eine Vorzahlung gewährt werden, und zwar 100 Mk. für Ledige, 200 Mk. für Verheiratete und 150 Mk. für Eingekerkerte. Die endgültige Beschlußfassung über sonstige Einzelheiten bleibt vorbehalten und soll im September erfolgen. Die Vorschüsse von 100 bzw. 200 Mk. erhalten auch die vorübergehend beschäftigten (Kriegsausfalls-) Arbeiter, indem für sie eine Erhöhung der Feuerungszulage von 50 Pf. für Ledige, 1 Mk. täglich für Verheiratete in Aussicht genommen ist. Für diejenigen, welche erst nach dem 1. Januar bei der Stadt eingetreten sind, soll der Voranschlag in der Weise ermittelt werden, daß für jeden Arbeitstag 50 Pf. bzw. 1 Mk. in Aussicht gebracht wird. Die Auszahlung des Vorschusses hat bereits begonnen.

Amern 5. Juli war beim Verwaltungsrat der Zivilhospizien beantragt worden, die Spitalförderer von der Lohnklasse II, Grundlohn 5,50 Mk., in die Grundlohnklasse III mit 6 Mk. Grundlohn zu versetzen. Laut Antwort vom 3. August wurde dieser Antrag vom Verwaltungsrat bis zur nächsten Neuentteilung der Arbeiter zurückgestellt, da gegen die Nachdienstzulage der Förderer von 50 Pf. auf 1 Mk. pro Nacht erhöht.

Rundschau

Zum Nachdenken. In einer Unterredung des Münchener Korrespondenten des „Berliner Tageblatt“ sagte der bayerische Kultusminister über die Zukunft des deutschen Beamtenstandes: „Das ist das, was mir am meisten Sorge macht, was aus den Beamten vor dieser durch den Krieg geschaffenen Wirtschaftslage werden soll. Der selbstlose Beamte kann von dem, was er verdient, nicht mehr leben. Alle staatliche Beihilfe mit den Feuerungszulagen, der Erhöhung der Gehälter, kann unmöglich Schritt halten mit der Verteuerung der Lebenshaltung und dem Sinken des Geldwertes. Aufbesserungen können diese Mühsal nicht überbrücken. Selbst der sozialbewußte Beamte . . . kann nicht mehr mit dem, was er verdient, auskommen. Der Beamte jetzt seine letzten Ersparnisse auf die bunte Welt. So treibt man der völkischen Proletarisierung des Beamtenstandes zu. Und was das Schrecklichste ist: Die Integrität wird auf eine schwere Probe gestellt. Der deutsche Beamtenstand, der sich über der Welt, ist in allen Schichten der Gefahr der Akzeptation ganz nahe. Das muß man mit offenen Augen betrachten. Wie ein schweres Alpdrücken lastet das auf mir und man muß, ich wechle, zucken.“ Und im roten „Tag“ fordert Landtagsabgeordneter Meißner in sich für die höheren und mittleren Beamten 60 Proz., für die unteren Beamten 50 Proz. laufende Feuerungszulage neben einer sofort auszuzahlenden einmaligen Zulage und weist nach, daß z. B. bei einem höheren Beamten mit einem Einkommen von 7.000 Mk. einschließlich Wohnungsgeld dann immer noch ein jährlicher Nettobetrag von ungefähr 1400 Mk. verbleiben würde, der nur durch weitere Einschränkungen -- Verkleinerung der Wohnung usw. -- gedeckt werden könnte. Er verlangt, daß den amtierenden Worten, die der preussische Finanzminister für die Lage und Bestimmungen der Beamten gefunden habe, nun endlich auch die Tat folge, „und zwar Taten, durch die ihnen die Sorge für die Zukunft, wenn auch nicht ganz genommen, so doch wenigstens etwas gemindert wird.“ Zu solchen Taten rechnet er nicht die Gewährung staatlicher Darlehen, da der Beamte auch zur ratenweisen Rückzahlung nicht in der Lage sein wird. Und gleichzeitig erfahren wir, daß der Preispreis um ungefähr 16 Proz. erhöht wird, daß der Erzeugermarktpreis um 10 Pf. angehoben werden mußte und es ist noch ungewissen, daß der neuen Marktpreissteigerung, die die Ausgabe für den Hausbrand mit all den Erhöhungen auf den einzelnen Privatbürgern auf das 3½-fache gegenüber dem Friedenspreis bringt, der Landesminister seine Zustimmung gegeben hat. Dies sind allerdings nicht die Taten, die den Beamtenstand vor der Proletarisierung schützen.

Was man den Kriegsbeschädigten zumutet. Wir lesen in der „Allgemeinen Ztg.“ vom 15. August: „Der Magistrat von Parten hat folgende Stellenanforderung erlassen:

„Die hiesige Nachwächterstelle ist sofort zu besetzen. Inhaber hat nebenbei die Reinigung der Straßen und Abfallstände anzuführen und bei der Mofenabfuhr mitzuhelfen, außerdem wird beabsichtigt, ihm die Funktionen des Schuldners und verwandt auch des Fuhrmanns zu übertragen. Als Gehalt sind vorläufig jährlich 1000 Mk., außerdem freie Wohnung in Aussicht genommen. Die Stelle ist nicht pensionsberechtigt. Geeignete Bewerber, eines anderen Kriegsbeschädigte, wollen sich umgehend schriftlich bei uns melden.“

Wer weiß nicht, welchen sozialen Anbahnungen der Magistrat in Parten huldigt, aber wir müssen bedauern, daß eine solche Stellen-

